

10.11.2025

Aktuelles aus dem IOD

Ausschuss für Wirtschaft,
Beschäftigung, Digitalisierung
und Gesundheit am 11.11.2025

Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierung

Entwicklungen der Bürgerservices

- Online-Anträge haben uns auf eine gute Basis gebracht
- Ziel: höheren Reifegrad zu erreichen → Ende-zu-Ende-Digitalisierung
- Verstärkung von:
 - EfA-Leistungen (Eine-für-Alle) und föderale Zusammenarbeit
 - Integration in Fachverfahren
 - Gemeinsame Basisdienste



OZG-Umsetzungsstand in der LHW

Onlinezugangsgesetz

Zuletzt abgeschlossene Leistungen:

1. Sondernutzung von Straßen Erlaubnis bei Baumaßnahmen
2. Verkehrsraumeinschränkungen
3. Wohnungsberechtigungsschein

Coming soon:

1. Untersuchungsberechtigungsschein
 2. Befreiung von der Ausweispflicht
 3. Sozialplattform: Eintrag in die Verwaltungsplattform und Vorbereitung der Mitarbeitenden
 4. Weitere nicht OZG-relevante Prozesse
- Kommunikation Bund, Land und Kommune soll EfA-Leistungen wieder in Schwung bringen
 - Pflege der OZG-Leistungen im Verwaltungsportal wurde mit der Pflege von wiesbaden.de synchronisiert
 - Fachverfahren stellen vermehrt integrierte Anträge zur Verfügung (Beispiel: Amt 31 Migewa)

Ergänzende Tools für besseren Bürgerservice



- Zentrales Buchungstool für öffentliche Räumlichkeiten und Veranstaltungen
- Viele Use Cases schon realisiert: Bürgerhäuser, Wald des Jahres, Grillplätze, Zukunftswerk..)



- Organisation des Publikumsverkehrs in den Ämtern (Terminvergabe und Besuchersteuerung)
- Prozessintegration in bestehende Fachverfahren
- Ausbau zum Standardtool



Steigendes Interesse bei den Ämtern zu verzeichnen

Wirkungscontrolling mit eGovSAD in Vorbereitung

- Ermöglicht Auswertungen und Analysen von Nutzungsdaten angebotener Dienstleistungen und Onlinedienste (z. B. civento)
- Statistiken mit dem eGovernment Service-und Analyse-Dashboard
- Mandant Wiesbaden mit 221 Dienstleistungen im Dashboard angelegt
- Datenschnittstellen aus der ekom21 Instanz und dem Verwaltungsportal bereits aktiv
- Pilotierung mit 310610 Fahrerlaubnisbehörde
- Projekt verzögert sich, da die Umsetzung der Datenschnittstelle aus dem städtischen System noch aussteht. Server konnten seitens Wivertis noch nicht zur Verfügung gestellt werden (andere Projekte mit höherer Priorität)



Status zu den zentralen Nutzerkonten BundID und MUK



- Authentifizierung umgesetzt und im Großteil der Prozesse integriert
- Derzeit ist die Anbindung des zentralen Bürgerpostfachs der BundID in Arbeit
 - Ermöglicht die sichere elektronische Kommunikation mit der antragstellenden Person
 - Bescheidversand



- Pendant zur BundID für Unternehmen
- Die technische Anbindung ist komplex
- Technisches Zusammenspiel von MUK, Wivertis und Bayerischem Landesamt für Steuern (Anbieter) muss noch gelöst werden (2026)

Review Werbekampagne **bund ID**

- Werbekampagne in Wiesbaden im Sommer 2025 durchgeführt
- Passierschein A38 (Projekt mit Mönchengladbach und Dez. VII) wurde 86 Mal beantragt; 59 Powerbanks wurden an Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger vergeben; Alter der Teilnehmer: zwischen 18 und 89 Jahren
- Mit dem Siegel „Bewährt vor Ort - ausgezeichnetes Projekt für Bürgerinnen und Bürger“ ausgezeichnet
- Fazit: mehr Maßnahmen erforderlich, um signifikanten Anstieg von Nachfragen zu generieren:
 - Von Bund / Land initiierte Aktionen
 - auf die jeweilige Zielgruppe abgestimmte konkrete Werbung für Onlinedienste in Verbindung mit der BundID durch die Fachbereiche



Aktuelles aus dem IOD

Ihr Zugang zur digitalen
Verwaltung.

Einfach und sicher.



Steigender föderaler Austausch



Besuch vom Digitalministerium

Austausch zur
Verwaltungs-
digitalisierung



Interviewreihe des DIGItalSERVICE



Ermittlung der kommunalen
Bedürfnisse für bundesweite
Entscheidungen in Bezug auf digitale
Verwaltung



Machbarkeitsstudie des Landes Hessen

Vom Land initiierte
Umfrage bezüglich
kommunaler Bedürfnisse
bei Verwaltungsleistungen

Wiesbaden = Pilotkommune des BMDS!

- Initiative des  Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung
 - 6 Kommunen in Hessen wurden als Pilotkommunen ausgewählt
 - Durchführung von Workshops mit Beteiligung von Bund und Land
-  Ziel: Entwicklung einer Blaupause für die bundesweit nachnutzbare digitale Verwaltungsleistungen

Von uns (Ämter 15, 31 und 50) eingebrachte Anregungen:

- Strukturierte Informationen von Bund und Land und Einbeziehung Kommunen erforderlich
- Mehr Standards, klare Vorgaben und gute nachnutzbare Angebote
- Bürgerbedürfnisse und Prozesse bereits auf Bundesebene zusammendenken
- Einheitlicher, pragmatischer Umgang mit Datenschutz
- Fachverfahrensanbieter in den Prozess einbeziehen

Nächstes Großprojekt des Bundes: die EUDI-Wallet

Weitere Infos:



Was ist die EUDI-Wallet?



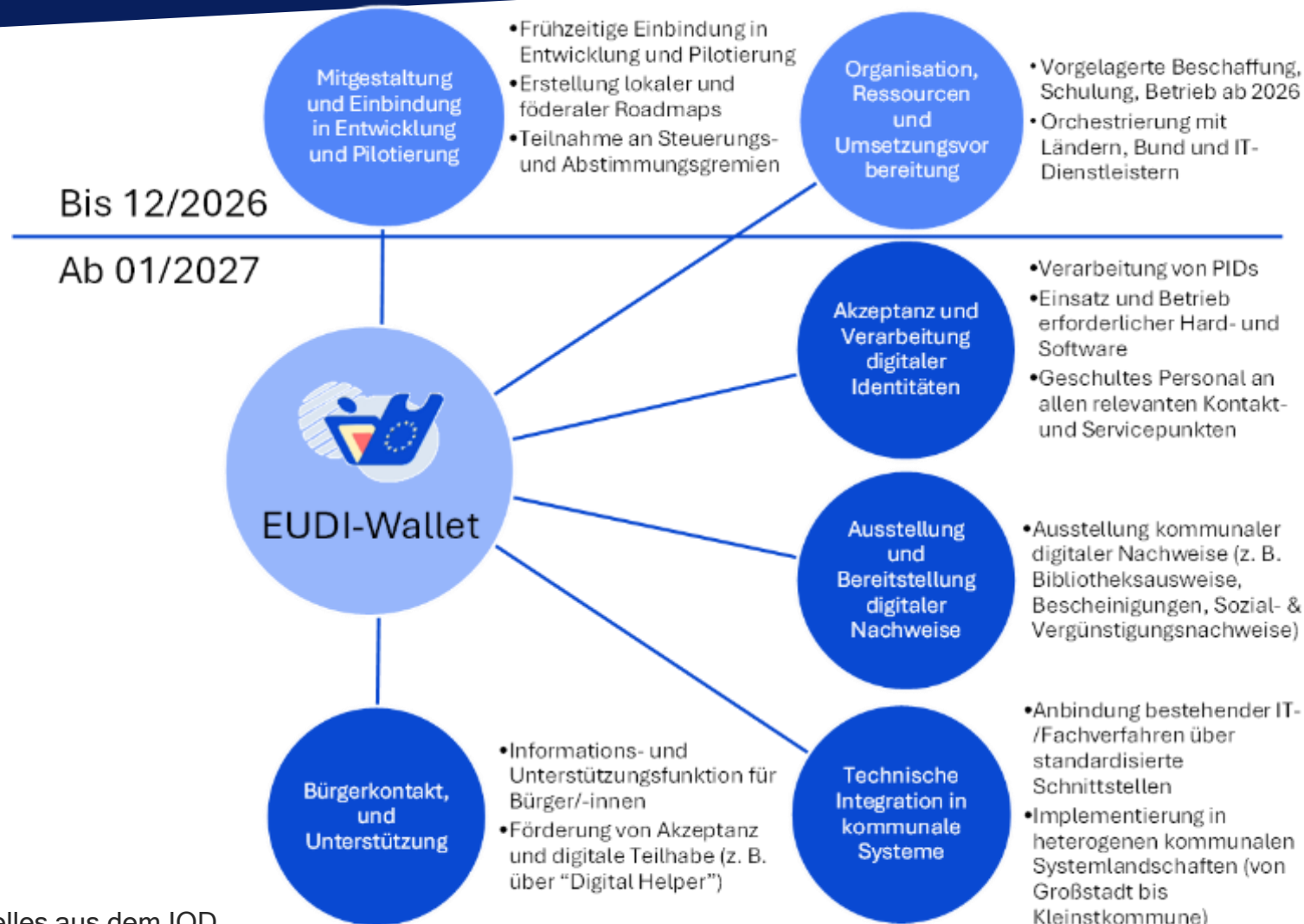
- Digitale Briefftasche für europäische Bürger
- Digitale Nachweise: Ausweise, Zertifikate und Dokumentenspeicher, Bezahlungsfunktion
- Öffentliche und private Akteure (Banken, Dienstleister, Händler usw.)
- Anforderungen an Behörden: authentifizieren, bearbeiten, lesen, erstellen und online/offline verfügbar haben
- Bereitstellung der nationalen Wallet bis 12/2026

Wo stehen wir derzeit?

- Vieles ist noch offen, konkrete Informationen sollen Ende des Jahres vom BSI kommen
- Initiative des Deutschen Städtetages, einen klaren Rahmen für die Kommunen zu schaffen

Was tun wir?

- Sammlung der technischen und inhaltlichen Rahmenbedingungen
- Infoveranstaltung und Netzworkebildung (verwaltungsintern)
- Mitwirkung bei der Initiative des Städtetages



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierung

Organisationunddigitalisierung@wiesbaden.de